THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 2
März 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

THÜRINGEN- MONITOR vorgestellt

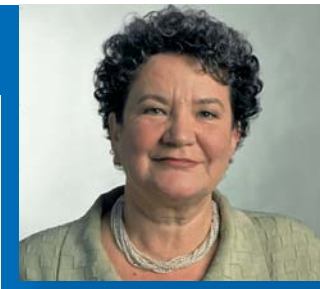
Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) stellte am 28.Januar 2008 in seiner Regierungserklärung den Thüringen–Monitor 2007 vor, der sich diesmal auf die bildungspolitischen Einstellungen der Bürger konzentriert. Insgesamt wurden 1.000 repräsentativ ausgewählte Bürger im Rahmen der Studie der Wissenschaftler der Universität Jena befragt. Althaus zog eine überwiegend positive Bilanz. Demnach meinen mehr als drei Viertel aller Befragten, das Thüringer Schulsystem biete den Kindern gute Chancen. Althaus erklärte außerdem, dass den Thüringern die Kindererziehung wichtig sei. Fast zwei Drittel lehnten eine ausschließliche Fremdbetreuung des Nachwuchses ab und sähen sowohl Eltern als auch Kindertagesstätten in der Verantwortung. Der Ministerpräsident sah sich durch die Ergebnisse der Studie in der Einführung des Thüringer Erziehungsgeldes bestätigt. Zudem sei der Rechtsanspruch auf einen Kinderplatz ab zwei Jahre deutschlandweit einmalig. Man arbeite daran, dies auch schon ab dem ersten Lebensjahr zu ermöglichen. Generell, so Althaus, zeigten sich die Thüringer mit der Qualität ihrer Schulen zufrieden und brächten vor allem den Universitäten Vertrauen entgegen.
Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, kritisierte hingegen die soziale Ungleichheit im Schulsystem und sah Thüringen weit entfernt von Bildungsgerechtigkeit. Immer noch sei Bildungserfolg in hohem Maße von der Herkunft abhängig. Christoph Matschie, SPD-Fraktionschef, übte Kritik an den Einsparungen der Regierung bei Kindertagesstätten und forderte eine Abschaffung der Kindergartengebühren. Außerdem schaffe die Regierung durch das Erziehungsgeld falsche Anreize für Eltern mit geringerem Einkommen. Sowohl Hausold als auch Matschie kritisierten die Auswahl der Fragen der Studie, die einige wichtige Themen der Bildungspolitik außen vor lasse.
Als positive Tendenz wertete Ministerpräsident Althaus auch den Rückgang rechtsextremistischer Einstellungen der Bürger im Freistaat und verwies auf die Maßnahmen der Landesregierung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Demokratie in Thüringen sei nicht gefährdet, so sein Fazit. Die große Mehrheit der Bürger unterstütze die Demokratie als politische Idee. Zusätzliche Maßnahmen gegen Extremisten forderte Dieter Hausold. Christoph Matschie sprach sich für den erneuten Versuch eines NPD-Verbotes aus.

Neustrukturierung der Polizei und Lehrerbildungsgesetz beschlossen

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion wurde in der Sitzung am 27. Februar 2008 das Thüringer Gesetz zur Vorbereitung der Neustrukturierung der Polizei, bekannt unter dem Kürzel OPTOPOL, verabschiedet. Laut Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU) werden mit der Neustrukturierung die Führungsebenen der Polizei gestrafft, die Basisdienststellen erheblich gestärkt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Thüringer Polizei von administrativen Aufgaben entlastet und die operative Basis gestärkt. Gasser wies außerdem darauf hin, dass die Reform pro Jahr Einsparungen von 1,2 Millionen Euro bei den Personalkosten und rund 30 Millionen bei Liegenschaften einbringe. Roland Hahnemann (LINKE) kritisierte die Reform hingegen als „Flickschusterei“ und prognostizierte einen Rückgang der Polizeipräsenz und eine Zunahme der Sicherheitsängste. Heiko Gentzel (SPD) übte Kritik an der praktischen Umsetzung und forderte eine Optimierung der Reform, die bisher nur für Personalabbau stehe.
Gegen die Stimmen von LINKE und SPD wurde in der Plenarsitzung auch das neue Thüringer Lehrerbildungsgesetz verabschiedet, welches die Lehrerbildung nach den Anforderungen der Bolognaerklärung regeln soll. Beschlossen wurde eine Staffelung der Regelstudienzeit nach Schulformen und eine Verkürzung der Referendarzeit. Gymnasiallehrer studieren demnach noch zehn, Regelschullehrer neun und Grundschullehrer acht Semester. Diana Skibbe (LINKE) äußerte Bedenken gegen die Reform und forderte die Gleichberechtigung der Lehrer in den verschiedenen Schulformen. Als „Grundschullehrer light“ und eine „bildungspolitisch fatale Weichenstellung“ bezeichnete Hans-Jürgen Döring (SPD) die Kernpunkte des neuen Gesetzes. Kultusminister Prof. Dr. Goebel (CDU) erklärte, dass „die Neuausrichtung der Ausbildung mehr Wert auf Praxis und berufsbegleitende Fortbildungen“ lege.

Petitionsausschuss

Eine beachtliche Bilanz konnte der Petitionsausschuss des Thüringer Landtags in seiner Sitzung am 14.Februar 2008 für das Jahr 2007 ziehen. So hatte der Ausschuss insgesamt 1.800 Petitionen zu bearbeiten. Mehr als 80% der Entscheidungen konnten im Interesse der Petenten getroffen werden, indem der Ausschuss im Sinne der Petition entschied oder durch Information aufklärte, durch Weiterleitung an zuständige Stellen unterstützte sowie auf Probleme hinwies. Die meisten Petitionen betrafen den Bereich der Rechtspflege mit dem Strafvollzug an erster Stelle. Dem folgte der Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit mit dem Schwerpunkt auf der Grundsicherung für Arbeitssuchende. An dritter Stelle standen erneut die kommunalen Angelegenheiten.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

ein zentrales Thema des letzten Plenums war die Vorstellung des Thüringen-Monitors zu den politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Es zeigte sich, dass die große Mehrheit in unserem Land die Demokratie unterstützt und extremistische Ansichten ablehnt. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis, doch bleiben die Bemühungen um eine möglichst breite Akzeptanz der demokratischen Idee weiterhin wichtig. Ziel des Thüringer Landtags ist es, durch vielfältige Informationen das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie möglichst transparent zu machen. Der Landtag sieht sich als offenes und einladendes Parlament. Er will Mittelpunkt einer lebendigen demokratischen Kultur sein, in der die Mitbestimmung aller Bürger das wichtigste Gut darstellt. Das Einbringen von Petitionen ist da nur eine Möglichkeit, die von vielen Bürgern rege genutzt wird. Der zuständige Ausschuss des Landtags konnte für das vergangene Jahr eine positive Bilanz ziehen – er bearbeitete die beachtliche Zahl von 1.800 Petitionen. Dass rund 80% der Entscheidungen im Interesse der Petenten getroffen wurden, zeigt, dass es sich lohnt, aktiv zu werden.

Ihre
Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

„Thüringen sagt Ja zu Kindern“ Spendenübergabe im Thüringer Landtag

Die Spendenübergabe zur Aktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern“ fand am 21. Februar 2008 im Besucherzentrum des Thüringer Landtags statt. Bei der Aktion spendeten die Thüringer exakt 103.116,44 Euro für sieben Projekte (u.a. der Verein Seelenvogel, die Suppenküche Eisenach, der Schlupfwinkel Gera, der Verein Horizont e.V., die Kulturbegegnungsstätte Ilmenau, Kinder- und Jugendsorgentelefon, Landesjungendring), die Kindern in Not im Freistaat helfen. Schirmherrin Prof. Dr. Dagmar Schipanski erklärte: „Im Namen der Kinder bedanke ich mich sehr herzlich bei den Thüringerinnen und Thüringern, die gespendet haben, aber auch bei denen, die sich tagtäglich dafür einsetzen, dass es benachteiligten Kindern besser geht.“ Die Aktion ist eine Gemeinschaftsinitiative von ANTENNE THÜRINGEN, der TLZ, dem PARITÄTISCHEN Thüringen, dem Thüringer Sozialministerium und dem Thüringer Landtag. Die Initiatoren verfolgen dabei



das Ziel, für ein kinderfreundlicheres Thüringen zu werben, Kindern in Not konkret zu helfen und auf die zahlreichen Beratungs- und Hilfsangebote für Familien und Schwangere in Not im Freistaat aufmerksam zu machen.

Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten des Thüringer Landtages e.V.

Am 30.Januar 2008 führte die Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten des Thüringer Landtags ihre Jahreshauptversammlung durch. Im Rahmen der Veranstaltung präsentierten Schülerinnen und Schüler der Regelschule Ichtershausen den ehemaligen Parlamentariern ihre Beiträge zum Wettbewerb „Jugend forscht“. Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski erklärte, die Vereinigung ehemaliger Abgeordneter zeige, „dass die politische Arbeit im Landtag menschliche Verbundenheit über Parteigrenzen hinweg entstehen lässt“ und die früheren Parlamentarier mit ihrem Treffen „nicht nur ein bemerkenswertes Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern auch ihre fortdauernde Verbundenheit mit der Landespolitik“ bekundeten.
Die Vereinigung konnte auf ein erfolgreiches Jahr 2007 zurückblicken. So erhielt sie während einer Kreisbereisung vom Deutschen Spielzeugmuseum Sonneberg den Patenbrief zur Restaurierung des Brunnens der Weltausstellungsgruppe „Thüringer Kirmes“. Die Mitglieder hatten sich spontan zu einer Spende entschlossen. Beim Besuch des Sächsischen Landtags fand ein intensiver Gedankenaustausch mit dem sächsischen Landtagspräsidenten und dem Vorstand der „Ehemaligen“ des sächsischen Landtags statt. Während des Empfangs nach der Versammlung wies der Vorsitzende Hartmut Sieckmann darauf hin, dass sich die Mitglieder verpflichtet fühlen, die Grundwerte einer freiheitlichen Gesellschaft zu vermitteln und ihre parlamentarischen Erfahrungen weiterzugeben. Auch im neuen Jahr ist die Vereinigung aktiv: Am 27. Februar 2008 lud sie zu einem Parlamentarischen Abend zum Thema „Wissenschaft für die Zukunft Thüringens“ ein. Gastredner war Professor Dr.-Ing. Gerd Zimmermann, Rektor der Bauhaus-Universität Weimar.

CDU

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

Lehrerbildungsgesetz: Pädagogen noch besser auf leistungsstarke Schulen vorbereiten

Das Ende Februar vom Thüringer Landtag beschlossene Lehrerbildungsgesetz soll dazu beitragen, die „künftigen, aber auch die schon im Dienst befindlichen Lehrer noch besser auf die Herausforderungen von guter und leistungsstarker Schule einzustellen“. Das erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Emde, in der abschließenden Beratung des Gesetzes im Plenum.
Das Gesetz zielt auf mehr Qualität durch einen Zuwachs an Qualifikation, die während der Ausbildung und in Fort- und Weiterbildungen parallel zum Schuldienst erworben werden soll. Zugleich werden die Grundlagen für die Einführung der Bachelor-Master-Struktur in der Lehrerausbildung und die Modularisierung der Studiengänge geschaffen. Das Studium verlängert sich für Grundschul- und Regelschullehrer gegenüber den bisherigen Studiengängen um ein Semester.
Wie Emde herausstellte, werden die Lehramtsstudiengänge durch größere Praxisanteile künftig praxisnäher. Ergänzend



verwies der Bildungspolitiker auf die von der CDU-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Landesregierung. Dadurch werde unter anderem die Lehrerbildung an den Universitäten gestärkt, und Lehrern aller Schularten würden zukünftig bessere Kenntnisse der Förder- und Sozialpädagogik vermittelt.

Novelle zum Thüringer Waldgesetz auf den Weg gebracht

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat eine Novelle zum Thüringer Waldgesetz, Thüringer Waldgenossenschaftsgesetz und Thüringer Fischereigesetz auf den Weg gebracht. „Wir wollen Regelungen vereinfachen und den Verwaltungsaufwand senken“, sagte der agrarpolitische Sprecher der Fraktion,



Egon Primas, zum Sinn des von der Fraktion erarbeiteten Entwurfs.
Mit dem Gesetz sollen unter anderem offene Rechtsfragen zu den Waldgenossenschaften geregelt werden. Energieholzplantagen sollen zukünftig landwirtschaftlichen Flächen gleichgestellt und nicht mehr als Wald betrachtet werden. Schließlich ist vorgesehen, die Anerkennung von Fischereischeinen für Ausländer und Touristen zu vereinfachen. „So ist zukünftig für Touristen ein zeitlich begrenzter Fischereischein vorgesehen, wie es ihn bereits schon in anderen Ländern gibt“, so Primas. Dadurch werde der Tourismus gefördert.

„Nie war Jugendarbeit so wichtig wie heute“

Fachtagung der LINKEN zu demografischen und sozialen Herausforderungen

„Herausforderungen annehmen – Jugendarbeit stärken“, so der Titel einer sehr gut besuchten Fachtagung der Landtagsfraktion DIE LINKE zur Jugendhilfeplanung und Jugendarbeit. Prof. Friedhelm Peters von der Erfurter Fachhochschule verwies auf den enormen Druck, unter den die offene Kinder- und Jugendarbeit geraten ist. Statt qualifiziertem Personal würden vielfach Ein-Euro-Jobber eingesetzt. Und wörtlich: „Jugendämter, örtliche Träger und Gemeinden stehen vor schwierigen Aufgaben. Es geht darum, Jugendhilfeplanung und Jugendarbeit so gut zu machen, wie man kann, und nicht so schlecht, wie man darf.“ Katja Stephan, camino e.V., konnte anhand der Mobilitätsanalysen ihres Vereins – in verschiedenen ostdeutschen Landkreisen, darunter dem Kyffhäuser und dem Saale-Orla-Kreis, durchgeführt – darlegen, wie tiefgreifend der demografische Wandel in den neuen Ländern ist und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. „Nie war Jugendarbeit so wichtig wie heute“. Es gelte, fachliche Standards zu sichern, Kooperationen und Vernetzungen auch über Ländergrenzen hinweg anzuregen und das Zusammenwirken von



Behörden, Schulen, Kultur- und Sportanbietern, von Polizei, Vereinen und Bürgerinitiativen für Familien, Kinder und Jugendliche auszubauen.

Unterstützung für Fanprojekt Jena durch Spendenfonds der Abgeordneten

Eine Spende aus dem (Diäten-gelder-) Fonds der Alternative 54 e.V. der Landtagsabgeordneten der LINKEN überreichte die Vereinsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Heidrun Sedlacik an Matthias Stein vom Fanprojekt Jena (unser Foto). Sie wollen das Geld für ihre Fahrt zur antirassistischen Fußball-WM im Sommer nutzen.



500.000 Euro haben die Abgeordneten der LINKEN seit Bestehen des Vereins 1995 an gemeinnützige Projekte und Initiativen in Thüringen gespendet. Die Gelder kommen aus den Diätenerhöhungen, die nach einem im Paragraph 54 der Thüringer Verfassung festgelegten Automatismus gezahlt werden. Vergeblich hatte die PDS dagegen vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof geklagt.

DIE LINKE

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

Lehrerbildungsgesetz scharf kritisiert

Massive Kritik am jetzt vom Landtag verabschiedeten Lehrerbildungsgesetz hat die Fraktion DIE LINKE geübt. Die CDU habe die zahlreichen Einwände und Hinweise der Vertreter von Hochschulen, Verbänden und Gewerkschaften in der Anhörung komplett ignoriert, so die Bildungspolitikerin Diana Skibbe. Eine kürzere Ausbildungszeit für angehende Grundschul- und Regelschullehrer „ist bildungspolitisch höchst verantwortungslos und setzt für die Zukunft fatale Signale“.
„Das Gesetz führt zu qualitativen Einschnitten in die Grundschullehrerausbildung“, unterstrich die Sprecherin für Ausbildungs- und Studierendenpolitik Susanne Hennig. Vor allem könne DIE LINKE nicht akzeptieren, dass „damit das gegliederte Schulsystem in Thüringen zementiert wird“.

Thüringen-Monitor: Matschie will 2009 zum Jahr der Demokratie machen

„2009 wird ein Superwahljahr für Thüringen. Vier Wahlen stehen an. Ich will, dass wir 2009 zu einem Jahr der Demokratie machen. Wir sollten versuchen, die Wahlen so zu organisieren, dass sich möglichst viele Menschen beteiligen. Mein Vorschlag: Europawahl und Kommunalwahl zusammenlegen, aber auch Landtagswahlen und Bundestagswahlen zusammenlegen. Denn eine hohe Wahlbeteiligung ist die beste Garantie gegen den Einzug von rechtsextremen Parteien in die Parlamente.“ Mit diesem einleuchtenden Vorschlag reagierte Christoph Matschie auf den aktuellen Thüringen-Monitor.
Zum siebten Mal hatten Wissenschaftler der Uni Jena die politischen Einstellungen der Thüringer analysiert. Ihr Blick richtete sich auch diesmal auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellung. Fazit: Die Zustimmung zur Demokratie ist stabil. Der Anteil rechtsextrem Eingestellter geht leicht zurück. Für Matschie noch lange kein Grund zur Entwarnung. Er wirbt weiter für ein NPD-Verbot.
Neben Fragen zur Grundstimmung im Land hellt der Thüringen-Monitor auf, was die Thüringer über ihr Bildungswesen denken. Schulen und Universitäten genießen ein hohes Vertrauen. Zwei von drei Befragten kritisieren jedoch, dass der Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft abhängt. Eine besondere Rolle sehen sie bei Kinderkrippe und Kindergarten. Drei von vier Thüringern sind der Meinung, dass nur ein gutes Programm der frühkindlichen Bildung unterschiedliche Voraussetzungen ausgleichen kann.
„Herr Althaus, Sie haben seit Ihrem Amtsantritt 170 Millionen Euro in der Bildung gekürzt“, rechnete Christoph Matschie im Plenarsaal vor. Noch genauer ins Visier nahm der Oppositionsführer Kultusminister Jens Goebel (CDU): „Alles, was Ihnen in den Weg kommt, gerät in Gefahr. Bei den Kindergärten haben Sie massiv gekürzt. Beim Büchergeld wollten Sie den Eltern in die Tasche greifen. Die Essenszuschüsse haben Sie gestrichen. Jetzt machen Sie auch noch aus der Lehrerbildung ein Spargesetz ... Ich finde, wenn schon sparen, dann sollten wir uns einen solchen Minister sparen.“



SPD

Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Eindringlich warb Christoph Matschie für ein neues Schulmodell, das die sozialen Nachteile ausgleicht: „Wir wollen eine Gemeinschaftsschule nach finnischem Vorbild. Wir wollen, dass Kinder bis zur 8. Klasse gemeinsam lernen können. Wir wollen, dass sie individuell gefördert werden, denn Kinder sind ganz unterschiedlich.“
Trotz der Kritik der Bürgerinnen und Bürger an der Ungerechtigkeit des jetzigen Systems blockiert die CDU diesen Weg. Christoph Matschie: „Diese Regierung ist mit ihrem Latein am Ende. Wir brauchen einen neuen Aufbruch für Thüringen.“

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.datenschutz.thueringen.de

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Der Datenschutzbeauftragte

Das Internet vergisst nichts – oder vielleicht doch?

Im Internet sind personenbezogene Daten, ob wichtig oder unwichtig, richtig oder falsch, aktuell oder überholt praktisch unbegrenzt zugänglich. Wenn man früher darauf hoffen oder vertrauen konnte, dass „Jugendsünden“ mit der Zeit in Vergessenheit geraten, so gilt dies im Zeitalter des Internet nicht mehr. Das Internet hat ein dauerhaftes Gedächtnis. Bislang gibt es keine ausreichenden technischen oder rechtlichen Möglichkeiten, das Internet zum „Vergessen“ zu zwingen.
Neu in der Diskussion ist der Ansatz, im Internet veröffentlichte personenbezogene Daten ähnlich wie Lebensmittel mit einem „Verfallsdatum“ zu versehen, um sie damit künstlich vergessen zu machen. Hierzu müssten Internetprovider ihren Nutzern die Möglichkeit eröffnen, zum Zeitpunkt der Einstellung personenbezogener Daten ins Internet im Bereich der Metadaten einen Löschzeitpunkt festzulegen. Dies könnte funktionieren wie bei Metadaten der digitalen Fotografie, indem außer Blende, Belichtungs- und Aufnahmezeit etc. auch ein Ablaufdatum für die Speicherung beigefügt wird. Das wäre ein erster Schritt für ein automationsunterstütztes Vergessen im Internet. Jedoch kann kaum verhindert werden, dass Dritte Kopien von personenbezogenen Datensätzen horten mit dem Ziel einer dauerhaften Speicherung unter Umgehung der festgelegten Löschfristen. Eine effiziente Kontrolle der Beachtung einer solchen Löschvorgabe durch die verantwortliche Stelle ist zudem schwierig. Aber vielleicht würde es zumindest einen Beitrag zum bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Internetangeboten durch die Nutzer darstellen, wenn sie bei jedem Speichervorgang aufgefordert würden, ein Löschdatum einzugeben, und vielleicht wäre es ein wichtiges letztes Signal, sich noch einmal zu überlegen, ob man diese dem Kernbereich der Privatheit betreffenden Informationen wirklich dauerhaft (oder befristet) weltweit preisgeben möchte.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Aktenarbeit lohnt sich

Man kann sich kaum etwas Trockeneres vorstellen als Aktenlesen. Aber da sitzen Schülerinnen und Schüler und studieren Papiere: Kopien von Verwaltungsakten und Stasiunterlagen. Die handeln alle von zwei jungen Männern. Der eine hat einen Roman geschrieben, in dem er seine Konflikte mit der Ideologie und Praxis des SED-Regimes thematisiert. Der andere, sein Freund, berichtet dem MfS über alle Schritte und Aktionen des jungen Autors. Der wird schließlich verhaftet und für fast zwei Jahre eingesperrt. Aber dann, im Prozess, weigert sich der Spitzel, den Freund, wie vom MfS gewünscht, zu belasten.
Die Schülergruppe besichtigt das Gefängnis, in dem die Untersuchungshaft und die Verhöre stattfanden, und lässt sich das MfS-Archiv in der Erfurter Außenstelle der BStU erklären. So entsteht ein Bild von den Verhältnissen in der DDR, im Gefängnis und von den beiden Personen. Aber viele Fragen bleiben offen.
Am letzten Projekttag sitzen alle in einer großen Runde, mitten drin zwei ältere Herren, die beiden jungen Männer von damals. Jetzt können die Schülerinnen und Schüler ihre Fragen loswerden: Warum entsteht ein Konflikt zwischen einem jungen Marxisten und der marxistischen Partei? Dieser freundliche Herr ein Spitzel? Jener eher wortkarge Mensch schreibt einen Roman? Warum verrät einer seinen Freund? Wie war das im Gefängnis? Wie erging es Ihrer Frau und dem Kind? Wovon haben Sie nach dem Gefängnis gelebt?
So rückt sich manches, was in den Papieren ganz anders klang, zurecht: Lügen die Akten? Oder gibt es verschiedene Wahrheiten?
Hinterher sagt ein Schüler: „Das Projekt hat für mich Maßstäbe gesetzt zum Verständnis totalitärer Staaten. Durch das Zeitzeugengespräch und die damit möglich gewordene Objektivität des Blickwinkels ... bin ich persönlich weitergekommen.“ Das Angebot solcher Projekte durch die Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen wird in dem Heft 138/2007 des Thillm „Doppelter Zugang zur DDR-Geschichte“ vorgestellt. Was kann man sich besseres wünschen, als dass einer über eine Woche Lernen sagt: „Aktenarbeit lohnt sich, Zeitzeugengespräch lohnt sich, Besuch von authentischen Orten lohnt sich, Arbeit außerhalb der Schule lohnt sich.“

Die Bürgerbeauftragte

Tätigkeitsbericht 2007

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Silvia Liebaug, übergab der Präsidentin des Thüringer Landtags, Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski am 22. Februar 2008 den ersten Bericht über ihre Tätigkeit für das Jahr 2007.



Silvia Liebaug ist seit dem 22. Juni 2007 im Amt. Der vorliegende Bericht enthält Schwerpunkte der Arbeit der Bürgerbeauftragten und Übersichten über die eingegangenen und abgeschlossenen Anliegen und Vorgänge. Anhand von Einzelfällen soll deutlich gemacht werden, wie groß die Bandbreite des Aufgabenfeldes der Bürgerbeauftragten ist. Gleichzeitig sollen die Bürgerinnen und Bürger ermuntert werden, Rat und Unterstützung im Umgang mit der Verwaltung bei der Bürgerbeauftragten zu suchen. Der vorliegende Bericht ist auch im Internet unter www.bueb.thueringen.de veröffentlicht und steht allen Interessierten zur Verfügung.



Im Jahr 2008 wird die Bürgerbeauftragte wöchentlich eine auswärtige Bürgersprechstunde durchführen, weil dieser Service sehr gut angenommen wird.
Das diesjährige Treffen der parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten in Deutschland findet im Herbst 2008 in Erfurt statt.

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Str. 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.